



Linksblick

Kommunalwahlzeitung für Lippstadt



Lippstadt für alle.

Sozial und gerecht.

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Am 25. Mai 2014 sind Europa- und Kommunalwahlen. Hier können die Bürgerinnen und Bürger ein deutliches Zeichen für eine vernünftige und sozialere Politik setzen. Die anderen Parteien retten Zocker-Banken, verteilen Steuer-Geschenke für Reiche und leeren dadurch die öffentlichen Kassen. Der finanzielle Druck auf die Kommunen wird durch den Europäischen Fiskalpakt weiter wachsen.

Es ist Zeit, den Regierenden die Quittung für ihren verfehlten Kurs zu geben. Denn es gibt soziale Alternativen zu dieser skrupellosen Politik. Um diese sozialen und friedlichen Alternativen durchzusetzen, braucht es eine starke LINKE im Europaparlament, in jedem Kreistag und in jedem Stadtrat. Deshalb: am 25. Mai alle Ihre Stimmen für DIE LINKE.

Alle anderen Parteien im Lippstädter Stadtrat haben in der letzten Wahlperiode den Kürzungs-

Haushalten, dem Sozial- und Personalabbau zugestimmt. Nur DIE LINKE leistet Widerstand.

Wir wollen ein Lippstadt für alle – sozial und gerecht! Alle sollen in Lippstadt gut leben können. Unabhängig vom Geldbeutel sollen alle Menschen am öffentlichen Leben, an Bildung, Kultur und Sport teilhaben. Den Familienpass wollen wir ausbauen, Preise sozial gestalten und Erhöhungen zurück nehmen.

Bildung soll kostenlos sein! Wir

wollen ein Lippstadt, in dem Kinder - wie früher - keine Ausleihgebühren in der Bücherei bezahlen. Und keinem Kind soll ein Gesamtschul-Platz, und damit die Möglichkeit Abitur zu machen, verweigert werden!

Wer will, dass Lippstadt sozialer wird, wählt DIE LINKE.

Viel Spaß beim Lesen

Die Linksblick-Redaktion



Am 25. Mai mit allen Stimmen:

DIE LINKE.

Rote Karte für Zocker und Sozialabbau!

Lippstädterinnen und Lippstädter!

Wenn ich Bürgermeister werde, werden Politik und Bevölkerung mehr beteiligt: In Zukunft sollen Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Entscheidungen wie großen Bauprojekten per Ratsbürgerentscheid abstimmen. Die von der Stadt verursachte Krise des Gymnasiums Schloss Overhagen ist ein Negativbeispiel, wie es nicht geht. Kürzungen beim Personal nehme ich zurück und der Feuerwehr wird endlich die geleistete Mehrarbeit vergütet. Kommunale Betriebe und Verwaltung bilden wieder über Bedarf aus. Ich will einen zentralen Bürgerservice sowie freies WLAN in der Altstadt und den städtischen Gebäuden. Gewinne der Sparkasse und der städtischen Gesellschaften will ich zur Verbesserung der Haushaltslage der Stadt verwenden.

DIE LINKE war die einzige Partei im Stadtrat, die alle Kürzungshaushalte konsequent abgelehnt hat. Die Liste des Sozialabbaus in Lippstadt ist lang: So wurde zum Beispiel Soziale Gruppenarbeit für Kinder mit Verhaltensproblemen gestrichen. Zur Vermeidung dessen kann eine moderate Gewerbesteuererhöhung notwendig sein.

Es ist verlogen, dass die anderen Parteien im Stadtrat die Unterfinanzierung der Kommunen beklagen: Die Politik ihrer Parteien auf Bundes- und Landesebene ist dafür verantwortlich. In Lippstadt sind die Prioritäten falsch gesetzt: Um einen neuen Kämmerer zu finden, werden für einen Headhunter 50.000 Euro ausgegeben, aber jährlich 3.000 Euro für kostenlose Bücherei ausleihe für Kinder ist nicht drin. Schon bei der letzten Wahl hat DIE LINKE als einzige Lippstädter Partei gefordert, die Zockerei mit Zinsderivaten zu beenden. Wählen Sie die Zocker ab! Wählen Sie am 25. Mai mit allen Stimmen DIE LINKE!

Michael Bruns



Genügend Gesamtschul-Plätze!

DIE LINKE begrüßt es, dass in Lippstadt eine Gesamtschule eingerichtet wurde. Sie wird vom Provisorium im Stadtwald in einen Neubau an der Ulmenstraße umziehen. Die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen ist jedoch viel höher. Jedes Jahr werden bisher zwischen 32 und 77 Kinder abgelehnt. DIE LINKE fordert, dass jedes Kind, welches auf die Gesamtschule möchte, einen Platz bekommt! Wir brauchen

deshalb eine weitere Ganztags-gesamtschule in Lippstadt. Statt Kinder in drei Schulformen zu sortieren fordern wir, dass alle Kinder bessere Förderung und die Möglichkeit bekommen, das Abitur zu machen!

Bildung soll für alle gebührenfrei sein, von der Kita bis zur Uni und Weiterbildung. Die Elternbeiträge sind insbesondere für Geschwisterkinder abzuschaffen. Wir fordern kostenlose Kita- und Schul-

speisung zunächst für Kinder von sozial benachteiligten Eltern. Der bedarfsgerechte Ausbau der Kita- und U3-Betreuung muss weiter gehen. Die Öffnungszeiten sind für berufstätige Eltern flexibel zu gestalten. Dies darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten geschehen. Es werden mehr qualifizierte und gut bezahlte Erzieherinnen und Erzieher benötigt. *Mehr zum Thema Bildung auf Seite 7.*



Kostenlose Ausleihe in der Bücherei!

DIE LINKE kämpft für alle Menschen um gleiche gesellschaftliche Teilhabe.

Viele müssen leider für Niedriglöhne arbeiten oder sind erwerbslos. Mit dem Lippstädter Familienpass erhalten diese Menschen Ermäßigungen etwa im Kombibad, bei der Volkshochschule, der Bücherei, im Theater und in der Musikschule.

Die Eintrittspreise wurden aber zum Teil drastisch angehoben. DIE LINKE fordert, dass die

Erhöhungen zurück genommen werden!

Es ist skandalös, dass in Lippstadt inzwischen sogar Kinder in der Bücherei Ausleihgebühren bezahlen müssen. Wir wollen, dass zumindest Kinder, Schüler/innen und Studierende die Bücherei entgeltfrei nutzen können.

Kinder mit Familienpass zahlen im Kombibad den 3- bis 4-fachen Preis wie früher im Frei- und Hallenbad. DIE LINKE fordert 1 Euro Kombibadeintritt für

Kinder mit Familienpass, in den Sommerferien zeitweise freien Eintritt für Kinder und durchgängig wieder 50 % Ermäßigung.

Der Familienpass soll bezahlbare Gebühren und Eintrittspreise für alle möglich machen. Deshalb ist er auszubauen. Zudem sollte er automatisch an die Berechtigten verschickt werden.

Mehr zu unserem Programm finden Sie auf Seite 7.

Europawahl: Rote Karte für Brüssel!

Von Sahra Wagenknecht

Viele Menschen empfinden die Europäische Union zu Recht als einen Angriff auf ihren Lebensstandard, während gleichzeitig Banken mit Milliardenbeträgen gepöppelt werden.

DIE LINKE will die Menschen wieder für Europa begeistern, indem sie die Alternative zu der bisherigen EU-Politik aufzeigt: ein soziales, ein solidarisches, ein friedliches und ein gerechtes Europa. Demokratie bedeutet, dass sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen. Gehen Sie wählen!

Armut und Reichtum

Der Reichtum der Wenigen wächst, weil Menschen für immer weniger Lohn arbeiten müssen, weil öffentliche Gelder in Banken fließen und dafür Renten gekürzt werden, weil Reichen und Konzernen Steuergeschenke gemacht werden, um anschließend wegen „leerer Kassen“ im Sozialbereich zu kürzen. So entsteht der Reichtum der Oberschicht aus der Enteignung der Bevölkerungsmehrheit.

Die EU hat daran eine massive Mitschuld, da sie regelmäßig die Interessen der Geldelite umgesetzt hat. So bei den angeblichen Rettungspaketen für Griechenland: kein Cent der Milliardenbeträge floss an griechische Rentner oder Arbeitslose. Stattdessen wurde den Banken griechische Anleihen zu einem Top-Preis abgekauft, den sie auf dem freien Markt nie bekommen hätten. DIE LINKE hat als einzige Fraktion im Bundestag gegen die Euro-Rettungspakete gestimmt.

Die EU versus Europa

Im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments sitzen mehr Lobbyisten von Banken und Wirtschaftsunterneh-

men als demokratisch gewählte Abgeordnete. Die Details des hochumstrittenen Freihandelsabkommen zwischen der EU und der USA kennen selbst Europaabgeordnete nicht, während über 600 Wirtschaftslobbyisten exklusiven Zugang zu allen Dokumenten haben. DIE LINKE fordert daher einen Neustart der EU, um sie auf eine Europa-freundliche, demokratische und soziale Vertragsgrundlage zu stellen.

EU versus Kommune

Seit 1998 haben SPD, Grüne, Union und FDP in wechselnder Regierungsverantwortung der Oberschicht milliardenschwere Steuergeschenke gemacht. Der öffentlichen Hand fehlen allein durch diese Steuergeschenke etwa 100 Milliarden Euro – pro Jahr.

Für diese katastrophale Steuerpolitik ist auch die EU verantwortlich, die einen europaweiten Wettbewerb um die niedrigsten Steuersätze für Konzerne und Anlagekapital organisiert hat. So wurde bei dem Aufbau eines EU-Binnenmarkts bewusst auf eine gemeinsame Steuerpolitik verzichtet. Dies lädt Konzerne und Kapital in Europa zu einer Steuervermeidung regelrecht ein. In der Folge bleiben gerade die Stadtkassen leer, schmerzhaft Kürzungen in der Kommune sind das Ergebnis. DIE LINKE fordert daher im Interesse unserer Städte eine Steuerpolitik, welche Reiche und Konzerne zur Kasse bittet statt die Mittelschicht – und das EU-weit, um Steuerflucht zu verhindern!

EU versus Arbeitsmarkt

Auch auf den kommunalen Arbeitsmarkt hat die EU konkreten Einfluss. Die drakonischen Sparmaßnahmen der Troika in den betroffenen europäischen Ländern

Sahra Wagenknecht

Am 25. Mai mit allen Stimmen

DIE LINKE.

www.dielinke-nrw.de

sind nicht nur unmenschlich. Die Nachfrage geht in diesen Ländern massiv zurück. Das betrifft auch Unternehmen in NRW, die dort ihre Waren verkaufen wollen. Gerade in einer Wirtschaftskrise verschieben viele Menschen zuerst größere Anschaffungen wie einen Autokauf.

Die EU privatisierte die Telekommunikation, die Strom- und Gasversorgung, Post und Bahn. In den letzten Jahren trifft die Liberalisierungswut vor allem Wissenschaft, Bildung, Soziales Wohnen oder Krankenhäuser. Die Bevölkerungsmehrheit verliert, wenn Konzerne aus öffentlichen Gütern ein Geschäft machen. DIE LINKE steht daher konsequent für einen Anti-Privatisierungskurs!

Mut zum Widerstand

Aber es gibt Beispiele, die Mut zum Widerstand machen. Als die EU Konzernen das Recht geben wollte, aus dem Zugang zu Wasser ein Geschäft zu machen, sprachen sich zwei Millionen Europäerinnen und Europäer mit ihrer Unterschrift dagegen aus. Das Geschäft mit unserem Wasser platze daraufhin.

Auch lohnt sich das Mitmachen in Gewerkschaften, Sozialen Bewegungen oder der LINKEN. Denn eins ist klar: nur wenn Druck von Unten kommt, lassen sich die politischen Verhältnisse ändern.

Ein ersten Schritt können Sie am 25. Mai machen: Mit allen Stimmen für DIE LINKE!



Keine Angst vor Inklusion!

Was wollen CDU und FDP damit erreichen, dass Inklusion in der Einleitung zum Zukunftskonzept 2020 des Kreises Soest nicht vorkommen soll? Die Verwaltungsvorlage enthält in der Präambel den Satz: "Die Belange der Inklusion sind in allen Handlungsfeldern zu berücksichtigen". Das störte aber die CDU-Fraktion. Vermutlich weil sie Angst hat, dass wenn es dort steht, auch umgesetzt werden muss?

Was gibt es daran in Frage zu stellen, wenn das Menschenrecht auf Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft und das Recht eine Regelschule zu besuchen, auch im Kreis Soest gewürdigt würde? Weil es Kosten verursachen könnte?

Wenn man Inklusion so umsetzt wie es tatsächlich gemeint ist, braucht man mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Integrationshelferinnen und Integrationshelfer und entsprechende Ausstattung in Regelschulen. Solange das nicht geschieht, ist die Schließung von Förderschulen falsch!

Tatsächlich: Inklusion gibt es nicht umsonst. Das Geld dafür wäre aber sicherlich da, wenn man endlich die Reichen durch Steuern angemessen an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beteiligen würde! Aber kann man das von CDU und FDP erwarten!? Die haben doch den Reichen versprochen keine Steuern zu erhöhen. Da sparen sie doch lieber Geld bei behinderten Menschen oder Hartz-IV-Betroffenen. Die können sich weniger wehren.

Der Antrag, den Satz doch in der Präambel zu belassen, den wir im Kreistag stellten, wurde leider ganz knapp von der Mehrheit der CDU- und FDP-Stimmen abgelehnt. Anhand solcher kleinen Beispiele kann man erkennen, was die angeblich christlichen und liberalen Parteien von Verbesserungen für Behinderte halten, sobald es Geld kostet: nämlich nichts!



European Parliament, CC BY-NC-ND 2.0, flickr.com

Überlastetes Personal entlasten!

Im Gegensatz zu allen anderen Fraktionen im Kreistag wollen wir nicht am Personal sparen. Beachtenswert ist, dass Personalrat und Schwerbehindertenvertretung den vorgelegten Stellenplan 2014 für den Kreis Soest positiv bewerten. Im hochfrequentierten Straßenverkehrsamt sollen vier neue Stellen

für Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen. Selbst die angebliche Arbeiterpartei SPD will die geplanten Mehrstellen nicht umsetzen, obwohl es von den Beschäftigten Überlastungs-Anzeigen gibt.

Aber natürlich ist auch in diesem Stellenplan nicht alles Gold was glänzt: Dass im Jugendamtsbereich die Fall-

zahlen für die einzelnen Mitarbeiter teilweise doppelt so hoch liegen wie von der Gewerkschaft ver.di gefordert, ist ein offenes Geheimnis. Hier erwarten wir in Zukunft Entlastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! Fazit: Da die Richtung mit plus 11 Stellen stimmt, konnten wir diesem Stellenplan erstmals zustimmen.

Legionellenkrise der Politik



Der nach Ausbruch der Legionellenverseuchung gegründete Krisenstab hat zusammen mit den Verantwortlichen in Verwaltung und Warsteiner Krankenhaus gute Arbeit geleistet! Leider müssen wir aber auch feststellen, dass Kreisdirektor und Landrätin ihrer Verantwortung gegenüber den demokratisch gewählten Parteien nicht gerecht geworden sind.

So informierte Kreisdirektor Lönnecke im Rahmen einer Ältestenratssitzung erst am 13.09.2013 offiziell über die Legionellenkrise. Warum wurde nicht zeitnah mit Bildung des Krisenstabes am

21.08.2013 eine Sondersitzung des Ältestenrats einberufen? Dann wären alle Fraktionen informiert gewesen und hätten die Kreistagsmitglieder kompetent informieren können!

Die vom Kreis ausgesprochene Reisewarnung für Warstein führte zu erheblichen Einbußen vieler Warsteiner Unternehmen. Es kam zu so grotesken Situationen, dass Firmen nicht mehr angefahren wurden und die Ware am Stamm-Stamm in eigene Lkw umgeladen werden mussten.

Viele Bürgerinnen und Bürger fühlten sich im Stich gelassen. Umso mehr, als sich weder der Kreisdirektor noch die Landrätin während der aktuellen Krise in Warstein haben sehen lassen.

Für DIE LINKE war das Maß dann endgültig voll, als der CDU-Fraktionsvorsitzende noch die fehlerlose Vorgehensweise des Kreisdirektors bei dessen Wiederwahl lobte. Diese Lobhudelei hatte an dieser Stelle überhaupt nichts verloren!

Wir beantragten daraufhin eine

Aussprache über die Legionellenkrise in der nächsten Kreistagsitzung. Das verhinderte dann dort der Fraktionsvorsitzende der SPD, indem er beantragte den Tagesordnungspunkt abzusetzen und dafür leider eine Mehrheit fand.

Später wurde dann auch noch beschlossen ein 100.000 Euro teures Gutachten bei einer externen Firma zu beauftragen, worin der Ablauf der Ereignisse während der Legionellenkrise überprüft werden soll.



dieleinle_mw, CC BY-SA 2.0, flickr.com

Wir halten dies für Verschwendung von Steuergeldern, weil wir meinen, dass wir die gleichen Erkenntnisse bei einer Aussprache im Kreistag hätten erreichen können!

Unsere SpitzenkandidatInnen für den Kreistag Soest



Manfred Weretecki

- Listenplatz 1, Wahlbezirk 23
- 58 Jahre, verheiratet, 1 Sohn
- Telekommunikationstechniker, Betriebsrat, ehrenamtlicher Arbeits- und Sozialrichter, ver.di-Gewerkschafter
- Fraktionsvorsitzender im Kreistag

„Ich kämpfe im Kreistag für mehr soziale Gerechtigkeit und versuche den anderen Parteien klar zu machen, dass nur durch Umverteilung und gerechtere Steuerpolitik auf Bundes- und Landesebene eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen möglich ist.

Wir sind im Kreistag die einzige Fraktion mit mehr Frauen als Männern. Und damit das so bleibt, treten wir mit zwei Frauen und einem Mann auf den vorderen Listenplätzen an.“

Manfred Weretecki
Redderweg 7
59581 Warstein-Sichtigvor
0171-7805901
manfred.weretecki@die-linke-kreis-soest.de



Christel Spanke

- Listenplatz 2, Wahlbezirk 22
- 58 Jahre, verheiratet, 3 Kinder
- Maschinenbauingenieurin, Mitarbeiterin der Warsteiner Tafel, Kunstmalerin
- Seit 2011 Mitglied des Kreistages

„Ich bin für eine Gesellschaft des Miteinanders, in der jeder Mensch seine Fähigkeiten, Fertigkeiten und Talente entfalten kann, und niemand aus der Gesellschaft ausgegrenzt wird. Dies beinhaltet auch die Überwindung von Diskriminierung in jeglicher Form.

Zudem setze ich mich für ein nachhaltiges, ressourcensparendes und umweltbewahrendes Wirtschaften und Leben ein. Die nach uns Kommenden wollen auch noch sinnvoll leben können.“

Christel Spanke
Walkemühle 30
59581 Warstein
02902-51743
0151-53111355
christel.spanke@die-linke-kreis-soest.de



Iris Fenzlein

- Listenplatz 3, Wahlbezirk 17
- 54 Jahre, geschieden, 1 Kind
- Fachkinderkrankenschwester
- 2009 bis 2011 Mitglied des Kreistages
- Mitglied im Ausschuss des Kreises für Gesundheits- und Veterinärwesen

„Vor privaten sollten kommunale Strukturen im Kreis Soest Vorrang haben. Privatisierung im Gesundheitswesen ist immer vom Profitstreben getrieben. Dies ist - und kann nicht - im Sinne der Patienten, deren Angehörigen und des Personals sein. Deshalb setze ich mich gegen jede Privatisierung und jeden Stellenabbau im öffentlichen Dienst, besonders im Gesundheitssektor, ein.“

Iris Fenzlein
Grüne Hecke 18
59494 Soest
02921-84006
0170-4740220
iris.fenzlein@die-linke-kreis-soest.de



Impressum

DIE LINKE. Kreisverband Soest, Ulricherstraße 39, 59494 Soest, Telefon 02921 6710633 / V.i.S.d.P. Manfred Weretecki, Kreisvorsitzender (manfred.weretecki@t-online.de) / Bilder: privat (Ireck Litzbarski, Michael Bruns, Bärbel Prünte und Joachim Hoeffe), DIE LINKE, DIE LINKE. NRW. Weitere Nachweise am jeweiligen Bild. / Danke an alle für die Mitarbeit!

Geschäftsstelle DIE LINKE. Kreis Soest
Ulricherstraße 39, 59494 Soest
Telefon 02921 6710633
die-linke-kreis-soest@email.de
www.die-linke-kreis-soest.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
In der Regel Mo-Do 16-18 Uhr
und Mi 9-11 Uhr

Unsere Stadt, unser Kreis. - Für ALLE!

Wie geht es weiter im Kreis Soest? Die Politik der vergangenen Jahrzehnte hat viele Gemeinden in eine aussichtslose Lage gebracht: Unterfinanziert, überschuldet, können sie elementare Aufgaben nicht erfüllen. Auch künftig gilt: LINKE-Abgeordnete in Räten und im Kreistag beteiligen sich niemals an Privatisierungen, Job- oder Sozialabbau. Im Gegenteil. Wir wollen bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in jedem Ort!

Nach Zahlen des Bundes wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer: 892 000 Millionäre, also 1,1 Prozent der Bevölkerung, haben 36 Prozent des Vermögens. Ermöglicht haben diese Anhäufung von Reichtum die SPD- und CDU-geführten Regierungen in Düsseldorf und Berlin, unterstützt von den Grünen. Diese ganz große Koalition hat Menschen in Billiglöhne und unsichere Jobs gedrückt. Sie hat Erwerbslose durch Hartz IV entrechtet, Hunderttausende in Armut gestürzt. Sie hat durch Steuerrabatte für Reiche öffentliche Kassen geleert, auch in den Städten. Die Kosten für die notdürftige Unterstützung von immer mehr Armen blieben bei den Gemeinden hängen. Schluss damit!

Mehr Geld für unsere Städte! Sie müssen Büchereien und Schulen bezahlen können. Auf Schwimmbäder kann verzichten, wer einen eigenen Pool hat. Auf Busse kann nur verzichten, wer ein Auto hat. Deshalb: Mehr öffentlicher Verkehr zu bezahlbaren Preisen! Wer die Armut stoppen will, muss Reichtum teilen. Deshalb darf die Zukunft unserer Städte nicht zwischen Lokalfürsten und Wirtschaftslobbyisten ausgekugelt werden. Kommunen für alle kommen nicht von selbst. Bürgerinnen und Bürger müssen sie erstreiten. Dazu braucht es Abgeordnete in Räten und im Kreistag.

Deshalb: Am 25. Mai Ihre Stimmen für DIE LINKE.



dielinke_nrw, CC BY-SA 2.0, flickr.com

Armer Anfang ist schwer

Nirgendwo wächst die Kinderarmut so wie in NRW. Jedes vierte Kind unter 15 Jahren ist arm. Ein „Bildungs- und Teilhabepaket“ wurde armen Familien spendiert. Nur: Das war ein Bürokratiemonster und sorgte weder für Bildung noch für Teilhabe. Viele kapitulierten im Papierkrieg. Die Gelder verschwanden oft in kommunalen Haushaltslöchern. 2011 und 2012 wurden zusammen 200 Millionen Euro von den Käm-

merern nicht verausgabt. Nötig sind Sofortmaßnahmen wie die Kindergrundsicherung. Das sagen Sozialverbände, Gewerkschaften und auch DIE LINKE. Sie hat diesen alltäglichen Skandal in Räten und Kreistagen thematisiert.

Arme Kinder haben arme Eltern. Sie sind erwerbslos oder scheitern in Billigjobs. Sie leben in armen Stadtvierteln in zu kleinen Wohnungen, haben kaum Chancen

auf gute Bildung, Kultur und auf Teilnahme am ganz normalen Leben. Nötig sind kostenlose Kitas, Schulen und Freizeitangebote, bezahlbare Wohnungen und der Ausbau unbürokratischer Familienhilfen. Das sind die Ziele LINKER Abgeordneter in den Räten. Damit dies möglich wird, brauchen die klammen Städte echte Soforthilfen von Bund und Land. Sonst werden Kinder armer Eltern weiter arm bleiben.



dielinke_nrw, CC BY-SA 2.0, flickr.com

Keine wunderbaren Jobs im Jobwunderland

SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft jubelt: Auch bei uns habe das deutsche Jobwunder mehr Beschäftigung gebracht. Tatsächlich gibt es aber weniger gute Arbeitsplätze.

Fakt ist: Für mehr ordentliche Jobs brauchen wir mehr öffentliche Investitionen. In den ersten drei Jahren seit Krafts Amtsantritt verschwanden 135.000 sozialversicherungspflichtige Vollzeit- und Teilzeitjobs. Nur Mini- und Teilzeitjobs legten in NRW zu, so

die Arbeitsagentur. Teilzeitjobs wuchsen von gut 1 Million auf über 1,5 Millionen und die Zahl der Minijobs um knapp 20.000. Nur: Mehr Arbeit gab es nicht. Das Arbeitsvolumen, also alle geleisteten Arbeitsstunden zusammen, hat sich kaum verändert. Dafür müssen mehr Niedriglöhner als Aufstocker zum Amt, zuletzt über 300.000.

Fazit: Dieses Jobwunder bringt keine wunderbaren Jobs. Diese

Politik, die auch Kraft unterstützt, ist nicht alternativlos: Unser Land braucht ein großes Investitionsprogramm, für mehr gute Arbeit. Für die Bankenrettung sind Milliarden da, für die Infrastruktur anscheinend nicht.

Gingen Anfang der 90er Jahre fast 20 Prozent der NRW-Wirtschaftskraft in die öffentliche Infrastruktur, sind es jetzt etwa 14 Prozent. Das darf nicht so bleiben. Die Menschen in NRW brauchen eine andere, soziale Politik!

Programm für Lippstadt: Teilhabe für alle!

Programmatische Forderungen zur Stadtrats- und Bürgermeisterwahl am 25. Mai 2014 in Lippstadt

**Teilhabe für alle.
Armut bekämpfen.
Zocker abwählen!**

DIE LINKE kämpft dafür, dass in Lippstadt für alle Menschen gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert wird.

Wir wollen: Verwaltung und Infrastruktur gut ausstatten, Wohnen bezahlbar machen, attraktive Bildungsangebote schaffen, prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit zurück drängen, industrielle Arbeitsplätze erhalten und die Armut- besonders die von Kindern - bekämpfen.

Soziale Gerechtigkeit für Lippstadt!

Hartz IV ist Kinderarmut. Es ist ein Skandal, dass in Lippstadt 1.900 Kinder in Armut leben müssen. DIE LINKE tritt dafür ein, dass im Dezember 50 Euro „Weihnachtsbeihilfe“ für jedes dieser Kinder ausbezahlt wird.

Damit wird verhindert, dass eine Differenz zur tatsächlichen Miete aus dem Hartz-IV-Regelsatz bestritten werden muss, fordern wir die volle Übernahme der Wohn- und Nebenkosten. Die menschenverachtende Sanktionspraxis der Jobcenter muss ausgesetzt werden.

Die Überziehungszinsen bei der Sparkasse wollen wir beschränken und ein kostenloses Girokonto für Hartz-IV-Empfänger/innen einführen.

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist zu verbessern und vorhandene Duldungsmöglichkeiten sollen konsequent genutzt werden.

Gute Bildung für alle!

Wir fordern kleinere Klassen und bessere Förderung statt Schulschließungen. Wir wollen ein inklusives, bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ganztagsbildungsangebot. Es fehlen qualifizierte Lehrer/innen, Integrationshelfer/innen und Schulsozialarbeiter/innen.

Der bedarfsgerechte Ausbau der Kita- und U3-Betreuung muss weiter gehen. Es werden mehr qualifizierte und gut bezahlte Erzieher/innen benötigt.

DIE LINKE lehnt Kürzungen bei Bildung, Kunst, Kultur und Sport ab. Wir fordern eine bessere Medienausstattung der Thomas-Valentin-Stadtbücherei. Das Sporthallenangebot ist bedarfsgerecht auszubauen.

Gutes Leben in Lippstadt!

Großflächigen Einzelhandel, wie er für das Güterbahnhofgelände oder Am Waldschlößchen geplant war, lehnen wir auch in Zukunft ab.

Lippstadt braucht ein lebendiges Kultur- und Bürgerzentrum in der



Kernstadt. Es soll ein lebendiger Ort für Kleinkunst, Konzerte, Poetry Slam oder Seminare werden. Gruppen sollen sich dort kostenlos oder für kleines Geld, ohne Verzehrzwang und behindertengerecht treffen können.

DIE LINKE fordert ein ausreichendes Angebot von gutem, bezahlbarem Wohnraum. Mietpreisgünstiger Wohnraum ist zu schützen. Kommunale Wohnungsunternehmen sollen den Neubau von preiswertem Wohnraum mit öffentlicher Förderung sicherstellen.

Die Erhöhung der Grundsteuer B belastet die Mieten. Deshalb hat DIE LINKE die Erhöhung abgelehnt und beantragt die Grundsteuer wieder zu senken. Auch die Erhöhung der Straßenbaubeiträge haben wir abgelehnt. Müll- und Straßenreinigungsgebühren wollen wir für Privathaushalte günstig gestalten. Die private Dichtheitsprüfung lehnen wir ab.

Mehr Mobilität für Lippstadt!

Der Fahrplan des Stadtbusses ist abends und am Wochenende auszuweiten. Weitere Ortsteile sind anzuschließen. DIE LINKE fordert ein Sozialticket für einkommensschwache Menschen im

öffentlichen Nahverkehr. Verkehrsentslastung durch den zügigen Bau der Trasse über das Uniongelände gehört zusammen mit Verkehrsberuhigung der Altstadt. Wir brauchen mehr statt weniger Lärmschutz.

Wir wollen den Fuß- und Radverkehr verbessern und mehr Barrierefreiheit für behinderte Menschen schaffen.

Erneuerbare Energie für Lippstadt!

DIE LINKE tritt für die kommunale und dezentrale Energieerzeugung und -nutzung ein. Die Stadtwerke sollen keinen Atom- und Braunkohlestrom einkaufen sondern auf erneuerbare Energien setzen. Fracking lehnen wir ab.

Strom-, Wasser- und Gassperren aufgrund nicht gezahlter Rechnungen sollen bei sozial Benachteiligten unterbunden werden. DIE LINKE will soziale Tarife für Strom und Gas. Privathaushalte mit geringem und mittlerem Stromverbrauch würden entlastet, Vielverbraucher belastet.

(Gekürzte Fassung. Mehr zu unseren Positionen, den Themen Bildung, Soziales, Finanzen und Demokratie finden Sie auf Seite 2.)



Unsere SpitzenkandidatInnen für den Lippstädter Stadtrat



Michael Bruns

- Listenplatz 1, Wahlbezirk 2 (Grundschule „An der Pappelallee“) und Bürgermeisterkandidat
- 41 Jahre, Werkzeugmechaniker und Betriebsrat, verheiratet
- Mitglied im Rat der Stadt Lippstadt sowie im Haupt- und Finanzausschuss

„Es ist ein Skandal, dass in Lippstadt über 1.900 Kinder in Armut leben müssen. Ich setze mich dafür ein, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander geht. Bildung, Kultur, Sport und auch das Kombibad sollen für alle Menschen unabhängig von der Dicke des Portemonnaies zugänglich sein. Damit es weiter Widerstand gegen die unsoziale Kürzungspolitik im Stadtrat gibt, bitte ich um Ihre Stimme. Ich kandidiere als Bürgermeisterkandidat damit es eine Alternative zu den Sozialabbau- und Zocker-Parteien gibt.“

Michael Bruns
Nußbaumallee 45
59557 Lippstadt
0170-7545045
02941-244276
michael.bruns@die-linke-lippstadt.de



Klaus Marke

- Listenplatz 2, Wahlbezirk 20 (Rixbeck und Esbeck)
- 47 Jahre, Augenoptiker, verheiratet, 3 Kinder
- Mitglied im Schul- und Kulturausschuss

„Als Ratsmitglied werde ich mich dafür einsetzen, dass Lippstadt endlich ein Kulturzentrum bekommt. Lippstadt würde ein bunteres und lebendigeres Kulturangebot gut tun. Kinder und Jugendliche sollen in der Stadtbücherei wieder kostenlos Bücher ausleihen können! Ich bin für kleinere Klassen und bessere Förderung statt Schulschließungen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass keine Kinder mehr abgewiesen werden, die auf die Gesamtschule gehen wollen. Deshalb braucht Lippstadt eine zweite Gesamtschule!“

Klaus Marke
Unterdorf 28
59558 Lippstadt
02941-25316
klaus.marke@die-linke-lippstadt.de



Magdalene Wigge

- Listenplatz 3, Wahlbezirk 15 (Finanzamt und Erich-Wandel-Zentrum)
- 58 Jahre, gelernte Datenverarbeitungskauffrau, 4 Kinder
- Mitglied im Beirat für die Gleichstellung von Frau und Mann

„Ich kandidiere, weil es mehr Frauen in der Politik geben soll. Als Ratsmitglied wären mir die sozialen Belange am wichtigsten. An erster Stelle muss der Mensch und nicht der Profit stehen. Natürlich muss alles bezahlbar sein, das Zahlenwerk muss stimmen. Aber vor allem muss der Fokus stimmen. Ich setze mich dafür ein, Themen sachlich und gründlich zu erörtern. Die Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für menschliche Beziehungen sowie optimale Bildungschancen für Jung und Alt sind mir besonders wichtig.“

Magdalene Wigge
Lessingstraße 34
59555 Lippstadt
0151-57262201
02941-66090560
lena.wigge@die-linke-lippstadt.de



Am 25. Mai mit allen Stimmen:

DIE LINKE.